

Niemand kann verkennen, daß infolge der Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Westmächte und das westdeutsche Großkapital nicht wenige menschliche Beziehungen in Deutschland gestört sind. Und falls in Westdeutschland die Politik der Feindschaft gegenüber der DDR, die Politik der atomaren Aufrüstung, die Politik des kalten Krieges und der Revision der seit zwanzig Jahren bestehenden Grenzen fortgesetzt wird, besteht leider wenig Aussicht, diese Störungen in den menschlichen Beziehungen zu beseitigen.

Jawohl, die Beziehungen zwischen den Bürgern der beiden deutschen Staaten, einschließlich des Reiseverkehrs, sind in der Tat durch die Politik der Feindschaft gegen die DDR aufs schwerste belastet. Solche Probleme können nur zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten im Zuge einer Normalisierung der Beziehungen zwischen ihnen geklärt werden.

Sehr förderlich und zweckmäßig wäre es, wenn bis dahin die SPD sich für die Beseitigung aller Diskriminierungen von Bürgern der DDR bei Reisen in die westdeutsche Bundesrepublik und bei Reisen in andere NATO-Länder einsetzen würde.

Es vergiftet ständig von neuem die Atmosphäre, wenn Bürger der DDR auf Betreiben der westdeutschen Regierung entwürdigenden Prozeduren unterzogen werden, wenn Sportler an Wettkämpfen gehindert werden, weil ihre Sportkleidung der westdeutschen Polizei nicht gefällt, wenn Bürger der DDR willkürlich verhaftet und als „lästige Ausländer“ über die Grenze abgeschoben werden. Das sind Polizeistaat-Methoden und keine Mittel zur Förderung der menschlichen Beziehungen.

Die Bürger der DDR sind sich dieser Lage bewußt. Sie haben nach der Gründung der beiden deutschen Staaten dreizehn Jahre lang unter schwierigen Bedingungen und bei offener Grenze den Sozialismus aufgebaut. Diese offene Grenze wurde unter Mißbrauch Westberlins dazu benutzt, der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Bürgern Milliardenwerte zu rauben. Der bekannte westdeutsche Wissenschaftler und frühere Bundestagsabgeordnete der SPD Prof. Baade hat den auf diese Weise der DDR und ihren Bürgern zugefügten Schaden auf 85 Milliarden Mark geschätzt. Unsere Berechnungen liegen weit höher.

Wir haben nicht vergessen und werden es nicht vergessen, wie - unterstützt und gelenkt von der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik - systematisch versucht wurde, zum Beispiel durch Abwer-